

UnterzeichnerInnen: Matthias Höhn (Magdeburg), Wulf Gallert (Börde), Birke Bull (Salzlandkreis), Uwe Loos (Wittenberg), Achim Bittrich (Halle), Angelika Klein (Mansfeld-Südharz), Gudrun Tiedge (Börde), Uta Zillmann (Halle), Dennis Jannack (Magdeburg), Helga Paschke (Stendal), Jenny Schulz (Magdeburg), Rosi Hein (Magdeburg), Henriette Quade (Halle), Frank Thiel (Burgenlandkreis), Bodo Meerheim (Halle), Uwe Ritter (Saalekreis), Hendrik Lange (LAG Bildungspolitik), Jürgen Brunsch (Salzwedel), Günter Rettig (Stendal), Helga Zimmermann (LAG Bildungspolitik), Heidelinde Penndorf (Burgenlandkreis), Gunter Schneider (Burgenlandkreis), Edeltraud Rogeé (Jerichower Land), Stefan Gebhardt (Mansfeld-Südharz), Ines Daniel (Stendal), Gerald Eisenhut (Stendal), Karin Paul (Mansfeld-Südharz), Hansjürgen Bögel (LAG Behindertenpolitik), Sandra Heiß (Saalekreis), Frank Baier (Halle), Hans-Joachim Mewes (Magdeburg)

Weitere UnterstützerInnen: Jan Korte, Petra Sitte, Jörg Fritz, Thomas Drzisga, Jutta Hildebrand, Jürgen Hildebrand, Peter Joseph, Martin Reso, Mario Blasche, Burkhard Geyer, Alexander Fuchs

Initiativantrag

1. Tagung des 2. Landesparteitages DIE LINKE. Sachsen-Anhalt

„Ehrliche Politik täuscht sich und andere nicht über die Bedingungen unter denen sie stattfindet.“

DIE LINKE geht gestärkt aus dem Wahljahr 2009 hervor. Mit 11,9 Prozent der Stimmen haben wir unser Wahlziel deutlich übertroffen. Die Erfolge bei den Landtagswahlen im Saarland und in Schleswig-Holstein sind weitere wichtige Schritte beim Westaufbau unserer Partei. In Thüringen, Brandenburg und Sachsen konnten wir unsere starke Position behaupten, zum Teil sogar ausbauen.

Im Ergebnis dieser sechs Wahlen bildeten sich fünf CDU-geführte Regierungen. Lediglich in Brandenburg besteht jetzt die Chance auf einen Politikwechsel – in Thüringen und im Saarland scheiterte ein solcher Wechsel nicht an der LINKEN.

DIE LINKE in Brandenburg konnte bei den Koalitionsverhandlungen mit der SPD für uns zentrale Positionen durchsetzen und damit eine spürbar andere Politik als unter CDU und SPD auf den Weg bringen. Dazu zählen wir z.B.:

- die Schaffung von 8.000 Stellen in einem öffentlich geförderten Beschäftigungssektor,
- die Neueinstellung von 1.200 Lehrerinnen und Lehrern und die Sicherung des Stellenbestandes in diesem Bereich bis zum Ende der Legislaturperiode,

- die Einführung eines Vergabegesetzes zu Mindestlohnbedingungen,
- die Verbesserung des Betreuungsschlüssels an den Kitas durch jährliche Investitionen von 33 Millionen Euro sowie
- der festgeschriebene Vorrang und Ausbau der erneuerbaren Energien.

Natürlich konnte sich unsere Partei in Brandenburg nicht in allen Punkten gegenüber der SPD durchsetzen. DIE LINKE. Sachsen-Anhalt wertet die Bildung einer rot-roten Regierung in Brandenburg und den vereinbarten Koalitionsvertrag dennoch als wichtigen Erfolg für die gesamte Bundespartei.

Wir mussten zur Kenntnis nehmen, dass in den letzten Tagen in mehreren Landesverbänden unserer Partei Beschlüsse im Zusammenhang mit der Koalitionsbildung in Brandenburg herbeigeführt wurden. Dem Parteivorstand liegt heute ein Antrag zur Beschlussfassung vor. In all diesen Papieren werden die Genossinnen und Genossen in Brandenburg für die Ergebnisse der Verhandlungen mit der SPD scharf kritisiert. Gleichzeitig sollen für alle Gliederungen allgemein verbindliche Bedingungen für mögliche Regierungsbeteiligungen festgeschrieben werden. Zudem werden Verfahren bzw. Sanktionen gefordert, die die Einhaltung dieser Bedingungen sicherstellen.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt bekräftigt ihre grundsätzliche Position, dass über Regierungsbeteiligungen auf der jeweils betroffenen Ebene entschieden wird. Die Androhung von Sanktionen halten wir für nicht vereinbar mit unserem Verständnis innerparteilicher Demokratie.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt weist zudem darauf hin, dass ein demokratischer Aushandlungsprozess unterschiedlicher Parteien nicht darauf gerichtet sein kann, dass eine Seite das Programm der jeweils anderen übernimmt. Dies wäre im übrigen auch eine Verzerrung des Wählerwillens.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt hält es für unabdingbar, die gegebenen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Rahmenbedingungen in eine Entscheidung über Notwendiges und Machbares, über Erfolg oder Misserfolg von Koalitionsverhandlungen einzubeziehen.

Wir halten es für keine gangbare Strategie, in den Ländern und Kommunen erst dann Verantwortung zu übernehmen, wenn die Rahmenbedingungen eine Umsetzung unseres gesamten Forderungskataloges zulassen. Wir sehen es gerade angesichts der schwierigen Situation vor allem in Ostdeutschland als unsere Pflicht, heute jede Chance für die Verbesserung der Lebensbedingungen der Menschen zu nutzen.

DIE LINKE. Sachsen-Anhalt unterstützt die Genossinnen und Genossen in Brandenburg und Berlin in ihrem täglichen Ringen um eine sozial gerechtere Politik.

Begründung

Erfolgt mündlich.

Zur Kenntnis dokumentiert:

Beschluss des Landesparteitages DIE LINKE. NRW¹:

Für eine glaubwürdige Linke

Der Landesparteitag Die Linke Brandenburg hat am 4. November 2009 den Koalitionsvertrag gebilligt, und die rot-rote Regierung ist mittlerweile im Amt. Der Landesparteitag NRW kritisiert, daß mit dem Koalitionsvertrag insbesondere ökologische Grundsätze aufgegeben wurden sowie in den Abbau von tariflich gesicherter Beschäftigung eingewilligt wurde. Die erreichten Fortschritte können dies nicht aufwiegen und rechtfertigen. Ein Politikwechsel ist mit der neuen Regierung nicht verbunden.

Positiv ist, daß auf dem Landesparteitag Brandenburg folgender Ergänzungsbeschuß gefaßt wurde: »Die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Zahlen versteht Die Linke Brandenburg daher als Aufforderung, gegen Stellenabbau im öffentlichen Dienst in Brandenburg ... zu kämpfen.« Der Parteivorstand Die Linke wird aufgefordert, Maßnahmen zu ergreifen, um den Landesverband bei diesem Kampf zu unterstützen.

In Zukunft muß in der Partei Die Linke absolut verbindlich und ggfs. sanktionsbewehrt festgelegt werden, daß bei der Beteiligung an Regierungen folgende Grundsätze mindestens einzuhalten sind:

1. Es darf kein Sozialabbau stattfinden.
2. Es darf zu keinem Abbau der tariflich bezahlten Beschäftigung (Vollzeitäquivalente) kommen.
3. Privatisierungen dürfen nicht vorgesehen werden.

Der Parteivorstand Die Linke wird aufgefordert, sich diese Grundsätze zu eigen zu machen und Verfahren zu entwickeln, wie diese Grundsätze gegenüber den Parteigliederungen durchgesetzt werden können.

Darüber hinaus wird der Landesvorstand Nordrhein-Westfalen einen Antrag mit den oben genannten Grundsätzen an den Bundesparteitag im Mai 2010 stellen.

¹ <http://www.jungewelt.de/2009/11-11/051.php>

Antrag an den Parteivorstand für seine Sitzung am 14. November 2009:

Für eine glaubwürdige LINKE

Der Landesparteitag DIE LINKE Brandenburg hat am 4. November 2009 den Koalitionsvertrag gebilligt, und die Rot-Rote-Regierung ist mittlerweile im Amt. Der Parteivorstand kritisiert, dass mit dem Koalitionsvertrag insbesondere ökologische Grundsätze aufgegeben wurden sowie in den Abbau von tariflich gesicherter Beschäftigung eingewilligt wurde. Die erreichten Fortschritte können dies nicht aufwiegen und rechtfertigen. Ein Politikwechsel ist mit der neuen Regierung nicht verbunden.

Positiv ist, dass auf dem Landesparteitag Brandenburg folgender Ergänzungsbeschluss gefasst wurde: „Die im Koalitionsvertrag festgehaltenen Zahlen versteht DIE LINKE Brandenburg daher als Aufforderung, gegen Stellenabbau im öffentlichen Dienst in Brandenburg ... zu kämpfen.“ Der Parteivorstand DIE LINKE wird den Landesverband Brandenburg bei diesem Kampf unterstützen.

In Zukunft muss in der Partei DIE LINKE absolut verbindlich und festgelegt werden, dass bei der Beteiligung an Regierungen folgende Grundsätze mindestens einzuhalten sind:

1. Es darf kein Sozialabbau stattfinden.
2. Es darf zu keinem Abbau der tariflich bezahlten Beschäftigung im öffentlichen Dienst (Vollzeitäquivalente) kommen.
3. Privatisierungen dürfen nicht vorgesehen werden.
4. Koalitionsvereinbarungen dürfen sich nicht gegen Beschlüsse der Bundespartei richten.

Der Parteivorstand DIE LINKE wird Verfahren entwickeln, um die Einhaltung dieser Grundsätze sicherzustellen.